

POLITIKUM

Liebe LeserInnen,

das islamische Kopftuch beschäftigt weiterhin Europa und Deutschland. Gleich mehrere Konfliktherde und Gerichtsent-scheide tauchten in den vergangenen Wochen auf. Erfreulicherweise war darunter einer, wovon sich das Bundesverfassungsgericht hätte eine Scheibe abschneiden können, als es im September 2003 entschied, dass muslimische Lehrerinnen an staatlichen Schulen weiterhin ein Kopftuch tragen dürfen.

Für ein grundsätzliches Verbot gebe es keine gesetzlichen Grundlagen, urteilten die Richter. Das Gericht überließ es den Länderparlamenten, zumutbare Regelungen zu finden. Einige Länderparlamente wie Baden-Württemberg und Hessen haben inzwischen ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen an staatlichen Schulen durchgesetzt. Nun hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Anfang November ein klares Bekenntnis zur strikten Trennung von Religion und Staat, für die Gleichstellung der Geschlechter und für freiheitlich-demokratische Werte abgegeben. Höchststrichterlich wurde entschieden: Das Kopftuchverbot an türkischen Unis ist rechtens. Geklagt hatte eine Medizinstudentin, weil sie ihr Kopftuch an der Universität Istanbul nicht ablegen wollte und deshalb 1998 nicht zu den Medizinprüfungen zugelassen wurde. Schon in der Türkei hatte die junge Frau vergeblich gegen ihren Ausschluss geklagt. Denn seit den Reformen von Kemal Atatürk ab 1924 ist die Trennung von Staat und Religion in der türkischen Verfassung fest verankert. „Ein Staat hat das Recht, mit dem Kopftuchverbot den Säkularismus als Garant demokratischer Werte zu schützen“, urteilten die Straßburger Richter. Das Gericht unterstützte die Argumente der KopftuchgegnerInnen, die im Kopftuch auch eine politische Bedeutung sehen. Dieses Symbol wird von islamistischen Gruppen in der Türkei gezielt genutzt, um ihre Bewegung im ganzen Land zu etablieren. Auch in Deutschland nutzen Islamisten dieses „Stück Stoff“, um ihre Ideologie, die

eine bewusste Abgrenzung von westlichen Lebenskonzepten und Emanzipationsmodellen bedeutet, hoffähig zu machen. Dieses Gesellschaftskonzept ist antidemokratisch und beruht auf einer patriarchalen Geschlechterordnung: Frauen sind den Männern geistig und körperlich unterlegen, sie sind keine gleichberechtigten Partnerinnen, sondern werden auf ihre biologische Funktion als Gebärerin möglichst vieler Söhne und auf die daraus resultierende Rollenverteilung als Mutter, Ehefrau und Hausfrau reduziert.

Ziel der Islamisten ist es, die säkularen Gesellschaften zu destabilisieren und islamisierte Inseln zu schaffen. Dazu muss die muslimische Gesellschaft von westlichen Einflüssen gereinigt werden, religiöse Kleidervorschriften müssen von allen befolgt werden, Andersdenkende werden nicht akzeptiert. Die Folgen dieser totalitären Geisteshaltung reichen von Geschlechterapartheid und Homophobie bis zu Zwangsheiraten und Morden oder Steinigungen. Die islamischen Fundamentalisten brandmarken selbstbestimmte Lebensformen als „gottlos“, „verwestlicht“ und „dekadent“. „Dadurch wird ein gewaltbereites Klima unter jungen Muslimen auch in unserer Gesellschaft gefördert“, heißt es in einem Aufruf *Gemeinsam gegen politischen Islam, Antisemitismus und Rassismus*, den TERRE DES FEMMES mit unterzeichnet hat.

Deshalb halte ich ein deutschlandweites Kopftuchverbot für Erzieherinnen und Lehrerinnen in staatlichen Einrichtungen angesichts der derzeitigen Entwicklung für dringend geboten. Bereits heute ergreifen islamische Fundamentalisten jede Möglichkeit, um die deutsche Gerichtsbarkeit und Toleranz herauszufordern. So erstreiten darauf spezialisierte Rechtsanwälte im Namen von Religionsfreiheit und Elternrecht die Befreiung muslimischer Schülerinnen von Biologie- und Sportunterricht oder von Klassenfahrten. Vor allem Jugendliche sind bevorzugte Subjekte von (zielgerichteter) Indoktrination.



Lange Jahre waren diese Themen tabuisiert, jetzt brauchen wir in Deutschland ein klares Bekenntnis zu Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen und für die klare Trennung von Staat und Religion. Das ist wichtiger denn je, denn Gefahr droht nicht nur vom islamischen Fundamentalismus, auch der christliche ist wieder auf dem Vormarsch, vor allem in den USA: Dort führt die US-Regierung unter George Bush einen Kreuzzug gegen Schwangerschaftsabbrüche, sexuelle Aufklärung und Kondome. Diese werden als „unsittlich“ und „mit dem christlichen Glauben unvereinbar“ gebrandmarkt. Aids wird als gerechte Strafe für freizügige Sexualität gesehen. So blockiert die US-Regierung die Zahlungen an den Weltbevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, der für Familienplanung, AIDS-Aufklärung und Schwangerschaftsversorgung in 140 Ländern zuständig ist. In der Konsequenz bedeutet das eine tödliche Bedrohung für Millionen von Menschenleben.

In Deutschland hoffen wir (vorerst), dass Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der Berufung von Maria Böhmer zur Staatsministerin für Integration im Kanzleramt ein Zeichen setzt. Maria Böhmer hatte sich schon als Bundesvorsitzende der Frauenunion für Frauen- und Menschenrechte eingesetzt. Wir haben Frau Böhmer zu der neuen Aufgabe gratuliert und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.

Ich wünsche Ihnen einen optimistischen, guten Start ins neue Jahr

Christa Stolle, Geschäftsführerin